Heft 9-2020 | EUR 8,00 | C 12232 E

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Hans-Jürgen Urban: Transformation als Bewährungsprobe

Heinz- J. Bontrup: Kollektive Arbeitszeitverkürzung!

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Markus Mohr, Klaus Wernecke, Heiko Bolldorf, Detlef Umbach, Hinrich Kuhls, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Dieter Sauer, Fessum Ghirmazion

Dies ist ein Vorabdruck aus Heft 9-2020 der Monatszeitschrift Sozialismus.de. Mehr zu dem Publikationsprojekt unter www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft bzw. ein Abonnement bestellen.

Beirat: Heinz Bierbaum, Ulrich Brinkmann, Günter Busch, Frank Deppe, Richard Detje, Christoph Ehlscheid, Michael Erhardt, Klaus Peter Kisker, Dieter Knauß, Jörg Köhlinger, Otto König, Klaus Pickshaus, Lilo Rademacher, Sabine Reiner, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Manfred Scherbaum, Michael Schlecht, Gabriele Schmidt, Horst Schmitthenner, Sybille Stamm, Hans-Jürgen Urban, Gerhard Wick, Jörg Wiedemuth

Transformation als Bewährungsprobe

Warum eine sozial-ökologische Reformallianz eine unverzichtbare, aber schwierige Angelegenheit bleibt

von ■ Hans-Jürgen Urban

Die angesehene Wochenzeitung »Die Zeit« publizierte im Mai 2020 ein Gespräch mit Saskia Sassen und Richard Sennett über ihre Leben unter Corona-Bedingungen. Interessant ist diese Gesprächsrunde nicht nur wegen ihrer prominenten Teilnehmer*innen. Zweifelsohne gehören die Interviewten zur Prominenz des globalen intellektuellen Diskurses. Doch die Leser*innen erfahren durch dieses Gespräch mehr, als die Interviewer fragten. Es bringt, wohl gegen die Intention der Sprechenden, einen Widerspruch des sozialen Lebens in der Pandemie zum Ausdruck. Als die Zeit-Redakteure wissen wollten: »Saskia Sassen und Richard Sennett, wie haben Sie die vergangenen Wochen der Isolation verbracht?«, antwortete die Erstgenannte: »Es war ehrlich gesagt himmlisch.« Und Richard Sennett fügte hinzu: »Wir haben jeden Tag lange Spaziergänge durch die verlassenen Straßen von London gemacht.«

Wenig später traf die Erlebnisschilderung himmlischer Spaziergänge auf die soziale Realität der Anderen. Sie hielt durch die Interviewer in Form irdischer Zahlen über die Krisenfolgen Einzug ins Gespräch: »Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass weltweit im April Arbeitsstunden verloren gegangen sind, die 300 Millionen Jobs entsprechen. In den USA sind bereits 40 Millionen Menschen arbeitslos geworden, in Europa 60 Millionen ohne Job oder in Kurzarbeit, und zumindest in den USA und Großbritannien hat das unmittelbare Auswirkung auf die Frage, wer sich seine Miete, sein Haus noch leisten kann.«[1]

Nun sind Saskia Sassen und Richard Sennett nicht nur profilierte und vielfach geehrte Analytiker*innen der Gegenwart. Sie haben in ihren wissenschaftlichen Arbeiten und politischen Interventionen auch immer wieder glaubhaft gemacht, dass ihr Engagement einer gerechteren Welt gilt und ihnen soziale Ge-

sellschaftsspaltungen nicht einerlei sind. Das fast schon obszön anmutende Lob der Annehmlichkeiten in der Corona-Krise dürfte daher weniger die elitäre Ignoranz eines privilegierten Akademikerlebens zum Ausdruck bringen. Vielmehr spiegelt es den realen Kontrast zwischen der Lebenssituation einer materiell gesicherten Elite und der Prekarisierung der Lebenslagen wachsender Bevölkerungsteile in den krisengeschüttelten kapitalistischen Gesellschaften wider. Dieser Kontrast prägt auch in der Corona-Krise die Wahrnehmungsmuster, Bedürfnisse und politischen Präferenzen der sozialen Klassen und Akteure. Ebenfalls geht er in Strategien ihrer Interessenorganisationen ein. Dass sich daraus für heterogene Bewegungen immer wieder innere Spannungen ergeben können, aus denen schnell bündnispolitische Bewährungsproben werden, ist wohl unvermeidlich. Dies umso stärker in Allianzen, in denen Repräsentant*innen aus unterschiedlichen Milieus und Statuslagen an gemeinsamen politischen Zielen arbeiten.

Der reale oder empfundene Grad an sozialer Sicherheit oder Prekarität verschafft sich mitunter auch im Blick auf die Gewichtung von Beschäftigungs- und Ökologiefragen Geltung. Ohne direkte Krisenbetroffenheit ist die Vernachlässigung sozialer Folgerisiken ökologiepolitischer Interventionen naheliegender. Und dass Menschen, deren Arbeitsplätze in einer Jahrhundertkrise unmittelbar gefährdet sind, das Hemd der kurzfristigen Arbeitsplatzsicherung mitunter näher ist als der Rock des mittelfristigen Umweltschutzes, mag angesichts der zeitlichen Nähe der Klimakatastrophe unsachgemäß sein. Doch das sollte eher Anlass zur Weiterentwicklung sozial-ökologischer Transformationsstrategien als zu moralischer Verdammung sein. Ein sachlicher, auch soziale Risiken und Interessenlagen (selbst-)kritisch reflektierender Blick auf bündnispolitische Fallstricke könnte helfen, sozial-ökologischen Allianzen auch in schwierigen Phasen die Perspektive gemeinsamer Arbeit zu erhalten.

1. Leben in getrennten Welten

Die soziale Kluft zwischen den Klassen und Schichten gehört zum Kapitalismus wie das Wasser zum Fisch, zum neoliberalen Finanzmarktkapitalismus allzumal. Sie entspringt seiner Eigentumsordnung und seinen ökonomischen Mechanismen, durch die Einkommen aus Kapitalbesitz jene aus Arbeit übersteigen, was seit Jahrzehnten durch zumeist meritokratische Ideologie abgesichert und gerechtfertigt wird.[2] Die Pandemie verschärft diese soziale Polarisierung. Auch in der Krise bleiben die Privilegien- und Klassenstrukturen wirkungsmächtig; Krisenbetroffenheit und Selbsthilfepotenziale differieren entlang von Klassen- und Statuslagen in erheblichem Maße. Der deutsche Kapitalismus ist nach wie vor ein wohlfahrtsstaatlich regulierter. Doch Hartz IV, Niedriglohnarbeit, die rasant voranschreitende Prekarisierung von Arbeit, die verweigerte materielle und gesellschaftliche Anerkennung von Gesundheits- und Sorgearbeit und vieles mehr lassen den Verlust von Beschäftigung und Einkommen ein mitunter existenzbedrohendes Risiko bleiben. Gerade in der Hartz IV-Republik hat Arbeitslosigkeit nichts an Schrecken verloren.

Sie dürfte rasant ansteigen. Bis Ende Mai meldeten etwa 870.000 Betriebe mit gut zehn Millionen Beschäftigten für die nächsten Monate Kurzarbeit an. Diese Summe entspricht einem Anteil von 31% an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Etwa gut sechs Millionen Beschäftigte arbeiteten zu diesem Zeitpunkt kurz. Nach Branchen wurde Kurzarbeit im März und April relativ am häufigsten im Gastgewerbe (93%), in der Metall- und Elektroindustrie (46%) und bei sonstigen Dienstleistungen (45%) angemeldet. Das Gros im Mai stammt aus dem Maschinenbau (Anzeigen für 72.000 Personen), der Kfz-Branche (65.000) und dem Großhandel (55.000). Gemessen an der Zahl der Beschäftigten kamen aus dem Bereich des sonstigen Fahrzeugbaus (24%), der Unterhaltungsbranche (13%) und der Metallerzeugung (10%) die meisten Anzeigen.[3] Insgesamt sind Personen ohne Hochschulabschluss und Beschäftigte in der Produktion häufiger von Kurzarbeit und den damit verbundenen Einkommenseinbußen betroffen.[4] Das verarbeitende Gewerbe ist der von Kurzarbeit am zweitmeisten betroffene Wirtschaftszweig und kann nach dem tiefen Fall nur mit einer schleppenden Erholung rechnen.[5]

In der Gruppe von Beschäftigten in Kurzarbeit hält etwa ein Drittel der Befragten den eigenen Arbeitsplatz für akut gefährdet. Noch pessimistischer sind laut Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) diejenigen, die bereits ohne Lohn freigestellt wurden. Von ihnen glaubt mit 26,9% nur noch gut jeder Vierte, dass der Arbeitsplatz die Krise überleben werde.[6] Der Shutdown der Wirtschaft zieht also tiefe objektive und subjektive Furchen durch den Arbeitsmarkt.

Die Arbeitslosigkeit trifft auf einen durch neoliberale und sozialdemokratische Rückbaustrategien deformierten Wohlfahrtsstaat. Dabei sind der Großen Koalition, insbesondere ihrem sozialdemokratischen Vizekanzler und Arbeitsminister, Versuche nicht abzusprechen, das Sicherungsversprechen in der Krise zu erneuern. In zwei Sozialschutzpaketen mobilisierte die Krisenpolitik Milliarden: für Kurzarbeit, eine leichter zugängliche Grundsicherung und Entschädigungen für Eltern, die aufgrund geschlossener Kitas oder Altenheime ihren Erziehungs- und Pflegeaufgaben nachkommen und deshalb von der Arbeit fernbleiben mussten. Auch im viel gescholtenen Konjunkturpaket finden sich sozialpolitische Leistungen wie der Kinderzuschuss in Höhe von 300 Euro pro Kind, der bei Besserverdienenden mit Steuerfreibeträgen verrechnet werden soll.

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Von ihm erschien 2019 im VSA: Verlag »Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus«.

[1] »Das Virus setzt auf erstaunliche Weise neu Energie frei«, Interview von Saskia Sassen und Richard Sennett durch Götz Hamann und John F. Jungclausen, in: Die Zeit, Nr. 23 vom 28. Mai 2020, S. 21.

[2] Dazu die epochalen Arbeiten von Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert. München 2014 sowie ders., Kapital und Ideologie. München 2020.

[3] Informationen der Bundesagentur für Arbeit vom Juni 2020.

[4] Vgl. IAB-Kurzbericht, Nr. 13/2020, S. 3.

[5] »Deutsche Wirtschaft: Schleppende Erholung nach tiefem Fall«, in: DIW Wochenbericht Nr. 24/2020, S. 426f.

[6] Katja Möhring u.a., Die Mannheimer Corona-Studie: Schwerpunktbericht zum subjektiven Arbeitslosigkeitsrisiko der Beschäftigten in Deutschland. Mannheim Juni 2020; ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/MannheimerCoronaStudie_Arbeitslosigkeit.pdf; Zugriff: 14.6.2020.

Und doch ist Krisenpolitik im Kapitalismus immer auch Klassenpolitik. Auch wenn detaillierte und gesicherte Aussagen über die verteilungspolitische Wirkung der fiskalischen Unterstützungen einer ausführlichen ökonomischen Analyse harren, ist offensichtlich: Der größte Teil der Krisenmilliarden fließt der Wirtschaft zu, vor allem Großkonzerne profitieren und hohe Einkommen und große Vermögen werden nicht herangezogen. Deutsche wie geplante europäische Rettungspakete versuchen den ökonomischen Zusammenbruch durch die Stabilisierung der Keimzellen der kapitalistischen Ökonomie, der Betriebe, zu verhindern. Die Verschuldung der öffentlichen Hand scheint einen verteilungspolitisch neutralen Weg der Krisenhilfe zu markieren. Doch spätestens bei der Aufstellung von Tilgungs- und Refinanzierungsplänen wird seine verteilungspolitische Brisanz sichtbar werden. Die Gefahr eines Rückfalls in eine radikalisierte Austeritätspolitik ist mit Händen zu greifen.

An Bedrohlichkeit gewinnen Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste durch immer aggressivere Kapitalstrategien. So legte jüngst der Arbeitgeberverband der Metall- und Elektro-Industrie »Gesamtmetall« gesammelte »Vorschläge für die 2. und 3. Phase der Corona-Krise« vor. Diese sollen das Votum für ein »Belastungsmoratorium« der Unternehmen mit der Forderung nach weitreichenden Eingriffen in Arbeits- und Sozialrechte der Beschäftigten verbinden.[7] In seiner Gänze gleicht das Konzept einem Schuss mit der Schrotflinte auf den Wohlfahrtsstaat. Verzichtet werden soll unter anderem auf die Aufstockung geringer Renten (»Grundrente«), die laut Koalitionsvertrag geplante Einschränkung von Befristungen sowie auf die Verschärfung von Klimaschutzzielen insbesondere durch die Europäische Kommission; rückgängig gemacht werden soll unter anderem die Rente ab dem Alter von 63 Jahren für besonders langjährig Versicherte, die Absicherung des Rentenniveaus bei 48%, die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassenbeiträge, die Dokumentationspflicht bei der Überwachung des Mindestlohns sowie die Einschränkungen bei der Leiharbeit; und schließlich werden gefordert: neue gesetzliche Spielräume für eine flexiblere Arbeitszeit, »Erleichterung bzw. Beschleunigung« von Einstellungen durch »Anpassung« der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertretungen (insbesondere Paragraph 99 Betriebsverfassungsgesetz), erleichterte Möglichkeiten zum rechtssicheren Drittpersonaleinsatz im Rahmen von Werkverträgen und Arbeitnehmerüberlassung. Dazu zählen insbesondere der Abbau der Hürden durch die AÜG-Reform aus dem Jahr 2017 sowie verbindliche und klare Regelungen für das Statusfeststellungsverfahren und die Abgrenzung zwischen Fremd- und Eigenpersonaleinsatz und schließlich ein »arbeits- und sozialrechtliches Paket zur Erleichterung und zum Anreiz von Einstellungen«, das beinhalten soll: Verzicht auf Einschränkungen des Direktionsrechts, etwa durch Ansprüche auf das sogenannte Homeoffice; die Einführung einer Wochenarbeitszeit mit kurzfristigen Reaktionsmöglichkeiten etwa bei Nachfrageänderungen oder Personalausfällen, unkonditionierte Öffnungsklauseln für die Tarifvertragsparteien, um passgenaue Modelle der Ruhezeit vereinbaren zu können; Verzicht auf eine Ausweitung der Mitbestimmung über den Hebel des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie die »Überarbeitung« des Kündigungsschutz- und Datenschutzrechts.

Auch wenn das Ganze in eine Rhetorik interessenneutraler Vernunft eingepackt und mit sinnvollen Forderungen wie etwa der nach mehr Kinderbetreuungsangeboten garniert wird, liefe die Realisierung dieser Agenda auf einen flächendeckenden Rückbau der Arbeits- und Sozialverfassung hinaus. Und das in einer Krisenphase, in der die Furcht vor Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten sich zunehmend in das Alltagsbewusstsein der Beschäftigten eingräbt. Daraus entstehen berechtigte Erwartungen gegenüber den Gewerkschaften. In dieser Konstellation gewinnen eine beschäftigungsstabilisierende Wirtschaftspolitik sowie ein ausgebauter Sozialschutz für eine progressive gewerkschaftliche Interessenpolitik objektiv an Bedeutung.

2. Industriegewerkschaft und ökologische Transformation

Das Plädoyer für eine Beschäftigung und Einkommen sichernde Interessenpolitik in kapitalistischen Arbeitsmärkten sollte nicht als Rückfall in ein vorökologisches Denken im alten Wachstumskapitalismus missverstanden werden. Auch und gerade die Gewerkschaften stehen vor der unumkehrbaren Notwendigkeit, soziale Interessenpolitik in das Projekt einer ökologischen Transformation zu integrieren. Alle Fluchtversuche vor dieser Anforderung müssen in einer ökologievergessenen und damit letztlich existenzbedrohlichen Lobbypolitik enden. Eine solche hat längst Berechtigung und gesellschaftliche Akzeptanz verspielt. Aus guten Gründen. Die durch die kapitalistische Wachstumsdynamik angetriebenen Schäden der Umweltbelastung sind gigantisch. Sie sind längst dabei, nicht nur die Grundlagen des Wirtschaftens und des sozialen Lebens zu gefährden. Externalisierung der Kosten der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise avanciert geradezu zum Existenzprinzip der Gesellschaften des globalen Nordens. Doch was in den Renditekalkülen der Unternehmen externalisiert wird, kehrt als Kosten für die Gesellschaft zur Aufrechterhaltung der sozialen und ökologischen Existenz zurück.[8] »Stromerzeugung, Wärmeerzeugung und Verkehrsaktivitäten belasten die Umwelt u.a. durch den Ausstoß von Treibhausgasen und Luftschadstoffen. Dadurch entstehen hohe Folgekosten für die Gesellschaft, etwa durch umweltbedingte Erkrankungen, Schäden an Ökosystemen oder auch an Gebäuden. Für Deutschland schätzt man die Höhe dieser Umweltkosten auf knapp 208 Milliarden Euro im Jahr 2017, das ist ein Anstieg um 3% gegenüber 2014.« Weltweit werden die allein durch den Klimawandel entstehenden Kosten auf jährlich bis zu 20% des globalen Bruttoinlandprodukts geschätzt. »Umweltbelastungen verursachen hohe Kosten für die Gesellschaft, etwa durch umweltbedingte Gesundheits- und Materialschäden, Ernteausfälle oder Schäden an Ökosystemen. So haben allein die deutschen Treibhausgas-Emissionen im Jahr 2016 Umweltkosten in Höhe von 164 Milliarden Euro verursacht.«[9]

Reparaturkosten dieser Art mögen wachstumssteigernd in die Berechnungen der nationalen Bruttoinlandsprodukte eingehen, die immer weiter an Aussagekraft über den gesellschaftlichen Wohlstand verlieren. Aber ein solches repulsives Wachstum ver-

schwendet in Wahrheit in gigantischem Ausmaß ökonomische und gesellschaftliche Ressourcen, die anderen gesellschaftlich wünschenswerten Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Bereits diese Verengung gesellschaftlicher Verteilungs- und Gestaltungsspielräume sollte Anlass genug für eine ökologisch sensible Gewerkschaftspolitik sein. Kein Entweder-Oder, sondern ein entschiedenes Sowohl-als-auch muss das Verhältnis von sozialer Klassen- und ökologischer Nachhaltigkeitspolitik bestimmen. »Die bisherige Geschichte war eine Geschichte von Klassenkämpfen, schreiben Marx und Engels im ›Kommunistischen Manifest‹. Das wird auch in Zukunft so sein. Allerdings wird es in den zukünftigen Kämpfen nicht nur um Lohn, Leistung und Quantität und Qualität der Beschäftigung im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft und bzw. oder um deren Überwindung gehen, sondern um Arbeits- und Lebensbedingungen in einer Gesellschaft an den Grenzen der planetarischen Leistungsfähigkeit.«[10] So ist es.

3. Planetarische Grenzen und Ökologie der Arbeit

Diese Einsicht liegt den Bemühungen um die Formulierung einer »Ökologie der Arbeit« zugrunde. Sie versucht Anforderungen unterschiedlicher Art in ein Konzept gewerkschaftlicher Arbeitspolitik zu integrieren.[11] Aus dieser Perspektive sind die Gewerkschaften in ihrer gesellschaftlichen Funktion und mit ihrem politischen Mandat mit drei Reproduktionskreisläufen konfrontiert, die Nachhaltigkeitskreisläufe werden müssen: die Reproduktion der Arbeitskraft, die Reproduktion der Gesellschaft und die Reproduktion der Natur. Alle drei Kreisläufe sind höchst relevant, ja essenziell. Es geht um ein neues Wachstums- und Entwicklungsmodell, das sich von kapitalistischen Akkumulationsimperativen befreit, gesellschaftlich und nach demokratischen Spielregeln über Wachstums- und Rückbaufelder entscheidet und zugleich die sozialen und kulturellen Lebensinteressen jener schützt, die zu Verlierer*innen des notwendigen sozial-ökologischen Umbaus werden könnte.[12]

Eine solche Politik der Arbeitsökologie versucht Schritte in Richtung eines »holistischen Denkens« zu gehen. Dieses war den Vorläufer*innen der heutigen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durchaus nicht fremd. Das galt nicht zuletzt für Friedrich Engels, dessen 200. Geburtstag in diesem Jahr zur Feier ansteht.[13] In verschiedenen Schriften widmete er sich dem, was er als »Dialektik der Natur« fasste. Dabei legte er seinen Analysen insgesamt einen weiten Dialektik-Begriff zugrunde. Dialektik fasste er als »Wissenschaft des Gesamtzusammenhangs«, als »die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Menschengesellschaft und des Denkens«. Bei aller Bewunderung für die Dynamik kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, die er mit Karl Marx zweifelsohne teilte, warnt Engels insbesondere vor jenen Interventionen in die Natur, die im Zeitalter der kapitalistisch-industriellen Moderne der partiellen Logik kurzfristiger Profitorientierung folgen und die längerfristigen Folgen in der Natur vernachlässigen: »Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerech-

[7] Gesamtmetall, Wiederhochfahren und Wiederherstellung: Vorschläge für die 2. Und 3. Phase der Corona-Krise. Mai 2020; www.gesamtmetall.de/sites/default/files/downloads/gesamtmetall-vorschlaege-fuer-die-corona-krise.pdf; Zugriff: 2.6.2020.

[8] Grundlegend dazu William K. Kapp, Die sozialen Kosten der Marktwirtschaft. Frankfurt 1979.

[9] Umweltbundesamt, Gesellschaftliche Kosten von Umweltbelastungen; www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen sowie www.umweltbundesamt.de/indikator-umweltkosten-von-energie-strassenverkehr; Zugriff: 2.6.2020.

[10] Elmar Altvater (2017): Leerstelle bei Marx oder Ignoranz der Leser?; marx200.org/debatte/leerstelle-bei-marx-oder-ignoranz-der-leser; Zugriff: 2.6.2020.

[11] Lothar Schröder/Hans-Jürgen Urban, Ökologie der Arbeit. Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt am Main, sowie Hans-Jürgen Urban, Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus. Hamburg 2019, S. 183ff.

[12] Dazu ausführlicher Hans-Jürgen Urban, Gute Arbeit in der Transformation. Über eingreifende Politik im digitalisierten Kapitalismus. Hamburg 2019, S. 183ff.

[13] Vor allem Elmar Altvater kommt das Verdienst zu, nicht erst im Jahr seines 200. Geburtstages auf diese Dimension des originären Marxismus hingewiesen zu haben; dazu etwa Ders., Engels neu entdecken. Hamburg 2015.

VSA: Friedrich Engels kennenlernen

»Die Natur ist die Probe auf die Dialektik«
Friedrich Engels kennenlernen
mit Elmar Altvater, Joachim Bischoff, Michael Brie, Georg Fülberth, Eike Kopf, Thomas Kuczynski und Marcel van der Linden
184 Seiten | EUR 14.80
ISBN 978-3-96488-054-3

Seine Geburtsstadt vermarktet Friedrich Engels' 200. Geburtstag am 28. November 2020 unter dem Slogan »Denker, Macher, Wuppertaler«. Doch die Bedeutung des Revolutionärs reicht deutlich weiter. Grund genug, seine Anregungen für die Bewegungen kennenzulernen, die heute für soziale Emanzipation und für die Rettung des Lebens auf dem Planeten streiten.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

net, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. (...) Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.«[14] Diese Absage an die Erobererperspektive im gesellschaftlichen Naturverhältnis und das Plädoyer für ein Verständnis, das den Menschen und seine Produktions- und Reproduktionsprozesse als Teil eines sozio-ökologischen Gesamtzusammenhangs sieht, ging der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wie dem gesamten fossilistischen Kapitalismus verloren. Es wiederzuentdecken und es sich in Theorie und Praxis anzueignen, gehört wohl zu den wichtigsten Aufgaben progressiver Gegenwartspolitik.

Klassenpolitik in den Grenzen der planetarischen Leistungsfähigkeit heißt also die Anforderung (auch) an eine zeitgemäße Gewerkschaftspolitik. Doch eine solche Ökologie der Arbeit ist ein äußerst anspruchsvolles Unterfangen. In kapitalistischen Verhältnissen ist es keineswegs trivial, Arbeit und Natur zugleich zu schützen. Doch dieser Schutz ist existenziell. Beide sind »fiktive Waren« im Sinne Karl Polanyis und beide sind durch den grenzenlosen Zugriff des kapitalistischen Verwertungsprozesses in ihrer Existenz bedroht.[15] Das gilt für die Arbeitskraft. Sie ist stets durch Überausbeutung und Arbeitsverdichtung im Arbeitsprozess und zugleich durch den Ausschluss aus diesem Prozess und die Entlassung in die Arbeitslosigkeit bedroht. Und es gilt für die Öko-Systeme der Natur. Sie sind im Rahmen des kapitalistischen Akkumulationszwangs systemisch durch Übernutzung von Ressourcen und Senken gefährdet. Unter diesen Bedingungen kommt es der Quadratur des Kreises gleich, beide Ziele zugleich zu realisieren. Das Problem liegt namentlich darin, dass die Schutzmaßnahmen einander widersprechen und sich wechselseitig blockieren, ja einander ausschließen können. In Konstellationen dieser Art befinden sich die Akteure, auch die Gewerkschaften, in einem Dilemma. Ihnen drängt sich die Frage auf: Welcher Schutz soll Vorrang erhalten? Aber besser wäre strategisch zu fragen: Wie kann der paradigmatische Strategiewechsel von einer ökologievergessenen zu einer integrierten sozial-ökologischen Strategie gelingen?

4. Arbeitsplatzinteressen und die Tragik der Allmende

Diese Frage ist nicht nur für Interessenorganisationen der Beschäftigten in den industriellen Sektoren keine akademische, sondern eine strategische und letztlich höchst praktische. Jedenfalls sollte sie es sein. Für Organisationen wie etwa Industriegewerkschaften, also auch der IG Metall, die mit ihren Mitglieder- und Organisationsinteressen tief in die industriell-fossillistische Wertschöpfung verwoben sind, kann ein solcher, paradigmatischer Strategiewechsel allerdings kaum als geradliniger Fortschrittsprozess verlaufen. Der Prozess verläuft nicht zufällig widersprüchlich, Fortschritten folgen fast zwangsläufig Rückschläge. Letztere sollten nicht vorschnell als Belege für eine verweigerte Lernbereitschaft unbelehrbarer Gewerkschaftsfunktionäre gefasst werden. Vielmehr kommt in ihnen eine insgesamt widersprüchliche und durch unterschiedliche Zeitlogiken geprägte Interessenlage der abhängig Arbeitenden zum Ausdruck. Als Erdenbewohner*innen teilen Lohnabhängige ein generelles Überlebensinteresse an der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage des Globus. Doch als markt- oder noch mehr als krisenvermittelter Prozess kann die Beendigung der Inwertsetzung der Natur auch mit dem Ende der Verwertung der Arbeitskraft einhergehen. Und das hat unter kapitalistischen Verhältnissen den Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen und die Abhängigkeit von staatlichen Lohnersatzleistungen zur Folge. In der kurzen Frist kann also das sozialpolitisch begründete Beschäftigungsinteresse mit dem mittel- und langfristig ausgerichteten Überlebensinteresse der Gattung kollidieren. Im Zeitalter des »Kapitalozän« (Elmar Altvater), in dem die grenzenlose Kapitalakkumulation die Grenzen planetarischer Leistungsfähigkeit zu überschreiten droht, verbinden sich für die abhängig Arbeitenden die sozialen Risiken der Lohnarbeitsexistenz mit dem Risiko des Klimakollapses.[16]

Hinzu kommt ein Dilemma, dem sich jede national begrenzte Umweltpolitik ausgesetzt sieht. Es wird in der Wohlfahrts- und Umweltökonomie als eine Form der Rationalitätenfalle diskutiert. Mit Blick auf die Natur ist mitunter von der »Tragik der Allmende« (Garrett Hardin) die Rede. Gemeint sind Konstellationen, in denen individuelle und kollektive Rationalitäten auseinanderfallen und »in which people following their own short-term interests produce outcomes that are not in anyone's long-term interest.«[17] Wenn die kostenfreie Nutzung eines Gemeinguts (etwa einer natürlichen Ressource) zu einem unkontrollierten Aneignungswettbewerb führt, kann der Verzicht des Einzelnen zu einem individuellen Nutzenverlust führen, ohne dass dies einen Beitrag zum Erhalt des Allgemeinguts leistet. Auf den hier diskutierten Kontext übertragen bedeutet dies: Die Inkaufnahme sozialer Nachteile wie Einkommenseinbußen bis hin zum Arbeitsplatzverlust durch einen Beschäftigten (etwa in der Automobil- oder Stahlindustrie) muss keineswegs zu einem höheren globalen Klimaschutz führen. Dies ist dann nicht der Fall, wenn die so freiwerdende Nachfrage von einem anderen Produzenten bedient wird (und anderen Lohnabhängigen Beschäftigung ermöglicht), der gegebenenfalls unter großzügigeren Umweltauflagen und mit geringerer Technikeffizienz die Produktionslücke mit höheren Emissionen und einem größeren ökologischen Fußabdruck füllt. Dieses, als Carbon-Leakage-Risiko bekannte Problem, hat etwa bei der Ausgestaltung des Emissionshandelssystems der Europäischen Union zur kostenfreien Zuteilung von CO_2-Emissions-Zertifikaten an europäische Unternehmen geführt, um die Wettbewerbsfähigkeit der mit höheren Umweltauflagen belasteten Industriesektoren gegenüber der mit geringeren Auflagen und Umweltkosten produzierenden Konkurrenz aus Drittstaaten zu schützen.[18]

Nun wurde mit Argumenten dieser Art vor allem von innovationsfaulen und profitverwöhnten Unternehmen zweifelsohne viel wettbewerbspolitisches Schindluder getrieben. Nicht selten mussten sie für Unternehmenspolitiken herhalten, die schlicht

und einfach ihre Produktions- und Produktstrategien aus Profitgründen so lange wie irgend möglich durchhalten wollten. Und dies ohne jegliche Rücksichtnahme auf die ökologischen (und sozialen) Folgekosten, die zumeist externalisiert und anderen Weltregionen und den dort lebendenden Menschen zugeschoben wurden. Was hier aus durchsichtigen Gründen als quasinatürlicher Zwang ökonomischer Rationalität präsentiert wird, muss ideologiekritisch dekonstruiert, sollte aber nicht einfach ignoriert werden. Zielführend ist vielmehr, es als Systemzwänge des globalen Kapitalismus zu begreifen und als systemische Restriktion anzuerkennen, um es perspektivisch über transnationale Kooperationen, Verträge und institutionelle Arrangements überwinden zu können.[19]

5. Die Trias der sozial-ökologischen Transformation

Der analytische Blick auf die spannungsreiche Interessenlage der Lohnabhängigen-Existenz im kapitalistischen Transformationsprozess darf aber keinesfalls als Begründung eines Abschieds von der ökologiepolitischen Verantwortung gewerkschaftlicher Politik missbraucht werden. Dies käme einem Rückfall in den auch gewerkschaftsinternen Diskussionsständen gleich. Das Ende einer arbeitsökologisch ambitionierten Politik wäre die sichere Folge. Das bedeutet auch, dass sich die Gewerkschaften den gegenwärtigen Lobby-Versuchen auf europäischer Ebene entgegenstellen müssen, die Gunst der Krisenstunde zu nutzen, um ökologische Grenzwerte zurückzudrehen und den anvisierten »Green Deal« zu sabotieren, bevor er ins Leben gerufen wurde.[20] Doch eine nüchterne interessenpolitische Analyse lässt Systemzwänge deutlich werden und macht nachvollziehbar, warum eine einmal gefundene Balance zwischen Arbeits- und Naturinteressen in gewerkschaftlichen Strategien nicht ein für alle Mal gesichert ist. Sie bleibt fragil und muss es bleiben, solange die übermäßige Verwertung der Natur Voraussetzung der Verwertung der lebendigen Arbeit und damit der Existenzsicherung der Lohnabhängigen bleibt. Und solange eine zu enge, weil nationalstaatlich konzipierte Transformationspolitik Kosten und Erträge einer offensiven Umweltpolitik asymmetrisch und gerechtigkeitswidrig verteilt.

Evident ist aber auch: Die Analyse sozialer und rationaler Restriktionen setzt die Gefahr des drohenden Klimakollapses nicht außer Kraft. Natur und Klima interessiert es nicht, ob die Maßnahmen, die zu ihrer Rettung ergriffen werden, sozial gerecht sind oder nicht. Die Akteure, die die ökologische Transformation des fossilistischen Kapitalismus bewerkstelligen müssen, sollte es sehr wohl interessieren. Auch unverzichtbare Transformationspolitiken bedürfen gesellschaftlicher Legitimation, müssen sich plausibel machen und rechtfertigen können. Für die gewerkschaftliche Debatte kann dabei die Definition von Prüfkriterien sinnvoll sein, die den Erfordernissen der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit zugleich genügen. Sie müssen sich bei der Unterscheidung akzeptabler und nicht akzeptabler Politikvorschläge bewähren. In diesem Sinne dürften Nachhaltigkeit, Beschäftigungssicherheit und (Verteilungs-)Gerechtigkeit Komponenten eines Zieldreiecks darstellen, das die Eckpunkte einer sozial-ökologischen Trans-

[14] Karl Marx/Friedrich Engels, Werke. Bd. 20, S. 307, 131f. und 452f.

[15] Polanyi, Karl (1944/1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main.

[16] Im angelsächsischen Sprachraum werden diese doppelte Risikolage abhängiger Arbeit und die möglichen Konsequenzen für die Gewerkschaftspolitik unter den Begriffen der working class ecology und working class environmentalism diskutiert, vgl. etwa Karen Bell, Working-Class Environmentalism. An Agenda for a Just and Fair Transition to Sustainability. Bristol sowie Dimitris Stevis, David Uzzell, Nora Räthzel, The labour-nature relationship: varieties of labour environmentalism, in: Globalizations 4/2018, S. 439-453. Den hier entwickelten analytischen und strategischen Ansatz gilt es für die deutsche Debatte erst systematisch zu erschließen.

[17] Klassisch dazu Elinor Ostrom, Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt. Tübingen 1999 sowie Elinor Ostrom u. a., Revistiting the Commons: Local Lessons, global Challanges, in: Science, April 1999, S. 278-282, hier S. 279.

[18] Zum EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS) siehe die offizielle Darstellung der Europäischen Kommission: ec.europa.eu/clima/policies/ets/allowances/leakage_de#tab-0-0; Zugriff: 2.6.2020.

[19] Dazu grundlegend Elinor Ostrom u.a., a.a.O.

[20] Zu diesen Versuchen vgl. Sven Giegold, Gegen den Green Deal: Corona und die Lobby-Orgien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 6/2020, S. 33-36.

VSA: Gute Arbeit in der Transformation

Hans-Jürgen Urban
Gute Arbeit in der Transformation
Über eingreifende Politik
im digitalisierten Kapitalismus
264 Seiten | 19.80 Euro
ISBN 978-3-96488-012-3

Wie lässt sich gewerkschaftliche Arbeitspolitik zur Demokratisierung der Wirtschaft nutzen? Hans-Jürgen Urban liefert strategische Antworten für die Transformation der Arbeitswelt.
»Das Buch enthält viele stichhaltige Analysen und jede Menge Anknüpfungspunkte für weitergehende kapitalismuskritische Debatten. Die Linke innerhalb und außerhalb der IG Metall sollte sie verstärkt führen.«
(Daniel Behruzi, junge Welt)

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

formationsagenda definieren könnte. Diese strategische Orientierung gilt auch für gewerkschaftliche Politik in und gegenüber der Automobilindustrie. Angesichts von »Diesel-Gate«, exorbitanten Manager-Boni, verschlafener E-Mobilität und milliardenschwerer Dividende-Ausschüttungen trotz Krise ist das öffentliche Ansehen der Automobilindustrie mit dem der Rüstungs- und Atomwirtschaft in den 1980er Jahren vergleichbar, also denkbar gering. Von einer anerkennungspolitischen »Selbstverzwergung« aufgrund eklatanter Managementfehler ist die Rede.[21] Gegenargumente lassen sich kaum finden.

Und doch bleibt es Aufgabe einer Branchengewerkschaft, zu verhindern, dass die Beschäftigten mit dem Verlust von Beschäftigung, Einkommen und sozialer Perspektive den Preis für unternehmerische Fehlentscheidungen zahlen. Die Spannung, die sich in dieser Konstellation verbirgt, entlud sich am Thema Abwrack- bzw. Umweltprämie. Die Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, forderten sie, der Widerstand, nicht zuletzt der SPD-Spitze, verhinderte sie. In einem Positionspapier zum diskutierten Konjunkturpaket hatte sich die IG Metall positioniert. Dort heißt es: »Die Automobilwirtschaft ist von zentraler Bedeutung für die industrielle Produktion in Deutschland und Europa. Eine Umweltprämie, die den Erwerb von sauberen Neuwagen fördert, kann deshalb ein wichtiger Baustein sein, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Deutschland und Europa zu stimulieren. Hierbei gilt: Je weniger CO_2 ein Auto emittiert, desto stärker sollte es gefördert werden. Diese Förderung sollte technologieübergreifend erfolgen und bei E-Autos bereits bei (Vor-)Bestellungen wirken. Klar muss allerdings auch sein: Es kann nur Steuermittel für eine Prämie geben, wenn die Automobilhersteller ebenfalls einen Beitrag zur Finanzierung leisten.«[22]

Diese Positionierung kann als Versuch der Verbindung der drei Eckpunkte einer sozial-ökologischen Transformationsstrategie auf einem spannungs- und konfliktgeladenen Terrain gelten. Ökologische Nachhaltigkeit, Beschäftigungssicherung und Verteilungsgerechtigkeit sollten unter einen Hut gebracht werden. Dabei bewegt sich die Forderung nach einer solchen »Umweltprämie« im Kontext der traditionellen Unterscheidung von Konjunktur- und Strukturpolitik. Während Strukturpolitik im Sinn einer transformativen Industriepolitik auf die Veränderung existenter Wertschöpfungsstrukturen orientiert, zielt klassische Konjunkturpolitik auf Wachstumspolitik innerhalb vorhandener Strukturen. Im Kontext der sozial-ökologischen Transformation könnte das heißen: Während eine schlichte und unkonditionierte Kaufprämie auf Wachstumsimpulse innerhalb der traditionellen und vom Verbrenner-Motor dominierten Autoproduktion zielte, wäre die öffentliche Förderung der Umstellung auf batterie-elektrische Antriebstechnogien eher als Unterstützung einer transformativen Industriepolitik zu werten.

Die Ausgestaltung der »Umweltprämie« stellte seitens der IG Metall den Versuch eines Brückenschlags zwischen beiden Politiken dar: zwischen Konjunkturpolitik durch Nachfragestimulierung und Strukturpolitik durch eine auf CO_2-Reduzierung konditionierte Kaufprämie. Die Einbeziehung moderner, emissionsärmerer Verbrenner-Motoren beruhte vor allem auf dem Umstand, dass gut 90% der gegenwärtigen Produktionskapazitäten auf diese Antriebstechnologie ausgerichtet und die Förderung von Elektro-Fahrzeugen aufgrund des (noch) geringen Volumens kaum Konjunkturimpulse zu erzeugen in der Lage sind. Doch dieser Brückenschlag konnte offenbar, aus welchen Gründen auch immer, nicht vermittelt werden. Die öffentliche Meinung stellte sich gegen alle Formen einer Kaufprämie. Die Kritik setzte zum einen an der konjunkturpolitischen Komponente an. Eine Kaufprämie, so das Argument, erzeuge keine Steigerung, sondern lediglich eine Straffung der Nachfrage durch ein Vorziehen von Kaufentscheidungen. Doch die heftigste Kritik setzte an der strukturpolitischen Zielsetzung des Vorschlages an. Die breite öffentliche Ablehnung der Gewerkschaftsforderung dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass sie als Element einer traditionellen, anachronistischen Wachstumspolitik gewertet wurde, die trotz drohender Klimakatastrophe klassischer Nachfragestärkung den Vorzug vor der Dekarbonisierung der Industrie gebe. Und das auch noch in einem unkritischen Lobbybündnis mit den Automobilkonzernen. Jedenfalls fiel die Kritik von unterschiedlicher Seite heftig aus. Dass eine »Umweltprämie«, sprich: eine Kauf- und Abwrackprämie unter Einschluss emissionsärmerer Verbrenner-Antriebe ausblieb,

Sozialismus.de weiterempfehlen!

Auch wenn inzwischen viele Maßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie wieder gelockert wurden, werden politische Diskussionsveranstaltungen und Bildungsseminare auf absehbare Zeit nicht wie gewohnt stattfinden können. Damit bleiben für die Zeitschrift die Möglichkeiten, neue Abonnent*innen zu gewinnen bzw. auf neue Bücher aufmerksam zu machen, eingeschränkt. Deshalb bitten wir weiterhin um Unterstützung: Empfehlt die Zeitschrift weiter!

Probeexemplare können unter www.sozialismus.de/spezialnavigation/probeheft oder bei redaktion@sozialismus.de angefordert werden. Auch Spenden auf folgendes Konto helfen:

Richard Detje-Euscher | IBAN: DE 2820 0505 5012 6812 0977 | BIC: HASPDEHHXXX

wurde sehr unterschiedlich bewertet. Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, sah im Widerstand der SPD-Spitze eine »rigorose Ablehnung einer Unterstützung der hunderttausenden von Beschäftigten, die heute um ihren Arbeitsplatz bangen«, und sah einen »massiven Vertrauensverlust der Beschäftigten der Autoindustrie und angrenzender Branchen gegenüber der Sozialdemokratie« voraus.[23] Diese Kritik am Konjunkturpaket provozierte eine Replik des Co-Vorsitzenden der SPD, Norbert Walter-Borjans. Die Autolobby überspanne den Bogen; eine Prämie für die herkömmlichen Produkte sei ökologisch falsch und ökonomisch unwirksam. Und: »Die Politik ist nicht Empfänger von Branchenordern. Die Autokonzerne fordern im Ergebnis, dass die Steuerzahler als Ausfallbürge bei Boni für Bosse und Dividenden für Aktionäre herhalten soll.«[24] Zwar stellte Hofmann anschließend klar, dass die Notwendigkeit, die Wirtschaft zu dekarbonisieren, »... (auch) für die IG Metall außer Frage« stehe und dies auch in der tiefen Rezession, in der sich die Wirtschaft befinde. Es gehe um die Stimulierung der Nachfrage, »ohne die klimapolitischen Ziele zu konterkarieren«.[25] Doch diese Klarstellungen konnten den Shitstorm, der über die IG Metall hereinbrach, kaum mildern. Die Kampagnen-Agentur Campact jubiliert mit der Schlagzeile: »Unglaublich: Umweltbewegung schlägt Autolobby!«[26] Von anderen wurde die Kritik des IG Metall-Vorsitzenden als ökologiepolitische »Rolle rückwärts«[27] oder als »Gejammer« und als Folge der von Gewerkschaftsseite vernachlässigten Bündnispflege mit der SPD gewertet.[28] Und ohne sich lange mit den komplexen Interessen- und Problemlagen aufzuhalten, sah man andernorts die vielfach erprobte Auffassung bestätigt, dass es sich bei den IG Metall- und Betriebsratsspitzen schlichtweg um »Büttel der Konzerne« handelt.[29]

6. Lernprozesse als Bewährungsproben

Konflikte dieser Art können schnell zum Sprengsatz politischer Umwelt-Bündnisse werden. Einen Bruch zwischen IG Metall und jenen Teilen der Umweltbewegung, mit denen im letzten Jahr eine deutliche Annäherung gelungen war, gilt es zu verhindern. Das wird nur gelingen, wenn das wechselseitige Verständnis füreinander wächst. Dazu müsste auf der einen Seite die IG Metall-Werbung für eine Kaufprämie nicht als ökologievergessener Lobbyismus, sondern als Versuch einer beschäftigungspolitischen Schadensbegrenzung in einer ökonomischen Jahrhundertkrise erkannt werden. Und in Gewerkschaftskreisen wäre die Ablehnung eben dieser Kaufprämie als verständliche Furcht vor einem ökologiepolitischen Rückfall und nicht als Ignoranz gegenüber Beschäftigteninteressen und als sozialvergessener Öko-Fundamentalismus zu akzeptieren.

Evident ist: Das Unterfangen, die Rechte der von abhängiger Arbeit Lebenden auch in der ökologischen Transformation zu schützen, ist für sich genommen bereits ein Kraftakt. Durch die Verbindung mit transformativen Interventionen in die fossilistischen Wertschöpfungsstrukturen wird er zur Herkulesaufgabe. Nimmt man die drohende sozialpolitische Regression hinzu, verwundert es nicht, dass in Betrieben und Gesellschaft die Neigung zur Verteidigung vorhandener Standards zunimmt und die Bereitschaft abnimmt, sich auf die riskante Reise der Dekarbonierung der Wirtschaft einzulassen. Dies gilt nicht zuletzt für Beschäftigte in der Automobil- und Zulieferindustrie, dem Zentrum des gegenwärtigen Industriemodells. Keine günstigen Voraussetzungen für Innovations- und Risikobereitschaft als Ressourcen einer sozial-ökologischen Transformation.

Welche Lehren könnten also aus der strukturellen Spannung zwischen Arbeits- und Naturinteressen in der kapitalistischen Transformation und den Erfahrungen mit dem Konflikt um die Umweltprämie gezogen werden? Auf jeden Fall, dass politische Allianzen in diesen gesellschaftlichen Settings fragile Angelegenheiten bleiben, die immer wieder vor harten Bewährungsproben stehen werden. Und zugleich, dass sie ein Mindestmaß an Bereitschaft zu wechselseitiger Anerkennung von Interessenlagen, Sichtweisen und Politikpräferenzen voraussetzt, sollen diese Bewährungsproben gemeistert werden. Zweifelsohne müssen die Gewerkschaften zukünftig ihre Brücken-Forderungen zwischen Beschäftigung und Umwelt schärfer konturieren und härter auf ihre Tauglichkeit für eine sozial-ökologische Transformation hin prüfen. Der unverzichtbare ökologische Mehrwert muss belastbar nachgewiesen werden; die Instrumente zur Beschäftigungssicherung müssen konkretisiert und verbindlich gemacht werden; und der Verzicht auf anachronistische Manager-Boni, Dividendenausschüttungen und andere verteilungspolitische Zumutungen muss offensiv und eindeutig eingefordert werden. Der Eindruck eines klassenvergessenen krisen-korporatistischen Lobby-Bündnisses zwischen Kapital und Arbeit sollte so von Beginn an vermieden werden.

Aber auch die Kritiker*innen aus dem Öko-Lager sollten es sich nicht zu leicht machen. Auch sie sollten sich vor einer systematischen Unterbewertung der Beschäftigungs- und Einkommensinteressen der abhängig Arbeitenden hüten und die sozialen Zukunftsängste der Industriebeschäftigten ernst nehmen. Gefragt ist also eine reflektierte Bündnis-Toleranz. Natürlich darf diese Toleranz das gemeinsame Ziel der sozial-ökologischen Transformation und des Übergangs zu einem neuen Wachstums- und Entwicklungsmodell nicht konterkarieren. Dann verlören die Allianzen Identität, Sinn und Berechtigung. Angesichts der notwendigen Gegenmacht, ohne die eine sozial-ökologische Transformation nicht gelingen kann, wäre das fatal.

[21] Vgl. »Bericht aus Berlin« vom 7.6.2020; www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab-4979~_bab-sendung-631.html; Zugriff: 11.6.2020.
[22] IG Metall Vorstand, Für ein Konjunkturpaket in der sozial-ökologischen Transformation. Vorschläge der IG Metall. Mai 2020, S. 2.
[23] »Söder hat verkappte Autoprämie durchgesetzt«, in: Augsburger Allgemeine vom 5. Juni 2020.
[24] »Kann nicht sein, dass eine Branche diktiert«, in: Augsburger Allgemeine vom 6. Juni 2020.
[25] »Die Autokonzerne haben keine gute Figur gemacht«, Interview mit Jörg Hofmann, in: Der Tagesspiegel vom 13. Juni 2020.
[26] Vgl. blog.campact.de/2020/06/erfolg-abwrackpraemie-verhindert/?pk_vid=d5073ec691a1f3be1591343004b56f8a; Zugriff: 5.6.2020.
[27] Vgl. Neues Deutschland vom 6. Juni 2020.
[28] »Das falsche Jammern der Gewerkschaften«, www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ig-metall-streit-mit-der-spd-wegen-autopraemie-das-falsche-jammern-der-gewerkschaften-a-dc2628c4-e0e8-477b-b2ca-90ff9a437064; Zugriff: 14.6.2020.
[29] »Büttel der Konzerne«, in: junge Welt vom 9. Juni 2020.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de